

# Annette Widmann-Mauz MdB

## PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

### WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



## Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege



Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Woche haben CDU und CSU mit der „Familienpflegezeit“ ihre Politik zur Stärkung der Familie in dieser Wahlperiode fortgesetzt. Bereits zu Beginn der christlich-liberalen Koalition konnte durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge die finanzielle Situation von Familien verbessert werden.

Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung werden zudem berufstätige Eltern unterstützt. Eine weitere Förderung erfahren Familien mit dem nun beschlossenen Gesetz zur Familienpflegezeit. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen. Die Prämien hierfür sind allerdings sehr gering. Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können diese zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen.

Ab 2012 sieht die Familienpflegezeit vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden verringern können, wenn sie einen nahen Angehörigen pflegen. Möglich ist dies über einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren. Um die Einkommenseinbußen, die durch die Reduzierung der Arbeitszeit entstehen, abzufedern, erhalten sie eine Lohnaufstockung. Wer z.B. von einer Vollzeit auf eine Halbzeitstelle reduziert, erhält 75 Prozent seines letzten Bruttoeinkommens. Da die Pflegezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt wird, kommt es bei ihrer Inanspruchnahme zu keinerlei oder nur sehr geringen Einbußen bei den Rentenanwartschaften. Bei Arbeitnehmern mit geringem Einkommen wurde das Pflegemodell sogar so ausgestaltet, dass Altersarmut verhindert wird. Die Familienpflegezeit kann dazu beitragen, die Rentensituation von Geringverdienern zu verbessern. Den eigentlichen Vertrag über die Familienpflegezeit schließen die betroffenen Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber. Die Menschen können so auf betrieblicher Ebene individuell und flexibel reagieren. Insgesamt muss die Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden im Jahresdurchschnitt erreicht werden. Die Arbeitsstundenverteilung kann also je nach Zeit- und Pflegebedarf variiert werden. Der Kündigungsschutz gilt für die innerhalb der Pflege- und Nachpflegezeit und erstreckt sich damit auf maximal Jahre. Sollte die Pflegezeit eher als geplant beendet werden, - sei es durch die Genesung des Angehörigen, eine Heimunterbringung oder Tod -, besteht ein Anspruch auf den ursprünglichen Beschäftigungsumfang.

Das nun geschaffene Modell ergänzt die bisherigen Regelungen des Pflegezeitgesetzes, wonach Beschäftigten eine vollständige oder teilweise – aber unbezahlte – Freistellung von bis zu sechs Monaten für die Angehörigenpflege zusteht. Bereits für die nächste Woche ist mit der Verabschiedung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes eine weitere Verbesserung der Situation von Familien in Deutschland vorgesehen.

Ihre

*Annette Widmann-Mauz*

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus dem Parlament



### Aktionsplan Nanotechnologie

In dieser Woche hat die Bundesregierung den **Aktionsplan Nanotechnologie 2015** vorgestellt, der die programmatische Basis für anstehende Forschungsschwerpunkte und Aktionslinien der Bundesregierung zur Nanotechnologie in Deutschland ist.

Ziele des Aktionsplans sind eine sichere und nachhaltige Nanotechnologie, ihre Nutzung in Bildung und Forschung, für Wachstum und Innovation, Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz. Mit dem begleitenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Aktionsplan Nanotechnologie 2015** gezielt weiterentwickeln begrüßen wir den Aktionsplan und fordern die Bundesregierung auf, auf eine Weiterentwicklung des bestehenden differenzierten EU-Regelungssystems hinzuwirken.



### Reformationsjubiläum

Im Jahr 2017 jährt sich zum 500. Mal der Thesenanschlag von Martin Luther, der die Reformation einleitete. Mit dem Reformationsjubiläum und der laufenden so genannten Lutherdekade hat Deutschland die Möglichkeit, die historische Bedeutung der Reformation

als gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Ereignis für Deutschland, Europa und die Welt in besonderer Form zu würdigen. Wir werden diskutieren über die christliche Verwurzelung des Abendlandes, über christliche Werte und ihre Beiträge zur sozialen Verantwortung, zur Ausbildung moderner Grundrechte und den Grundlagen der Demokratie sowie ihre Bedeutung über die Landesgrenzen hinaus darstellen.



Portrait: Lucas Cranach d.Ä., 1529

Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Das Reformationsjubiläum im Jahre 2017 – Ein Ereignis von Welt-rang** wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade aktiv zu beteiligen.

Dabei sollen die bedeutenden historischen Orte der Reformation in bestehenden Förderprogrammen des Bundes im Bereich des Denkmalschutzes berücksichtigt werden.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien wurde aufgefordert, die staatliche Geschäftsstelle "Luther 2017" mit ausreichend

finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten.

### Entwicklungspolitik

Hintergrund des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit weltweit verbessern** ist die Tatsache, dass die Zahl der Hungernden seit 1997 wieder ansteigt und 2009 einen neuen „Allzeit-Rekord“ von etwa einer Milliarde Menschen erreicht hat.

Der überwiegende Teil der Hungernden lebt in Entwicklungsländern, was das Erreichen eines Millenniumentwicklungszieles – den Anteil der Hungernden auf der Welt bis 2015 auf die Hälfte zu reduzieren – in weite Ferne rücken lässt. Der Antrag bestärkt die Bundesregierung in ihrem Ziel, die Entwicklung des ländlichen Sektors zu einem Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik auszubauen.

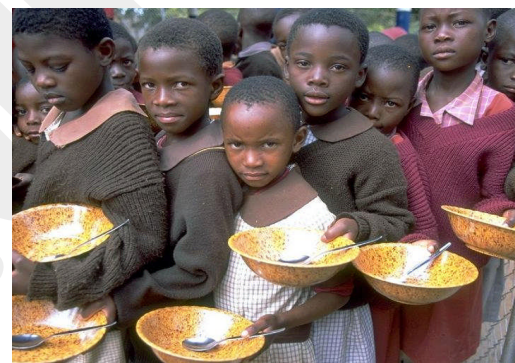


Foto:DPA

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Die politische Lage in Deutschland



### Sichere Rohstoffversorgung für Wachstum und Arbeitsplätze

Als wichtige Industrienation zählt unser Land zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Wir brauchen Versorgungssicherheit, um Arbeitsplätze und Wachstum bei uns zu sichern. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die dieses für die Zukunft unseres Landes wichtige Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt hat, als wir 2010 unsere Rohstoffstrategie vorgelegt haben.

Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen sowie die zum Teil starke Abhängigkeit von nur wenigen Abbau-Regionen und -Unternehmen zeigen, dass der Zugang zu Rohstoffen nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängt, sondern auch von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Mit ihrer Roh-

stoffpolitik sichert die Bundesregierung eine verlässliche, international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung. Die Politik flankiert die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft.

Unsere Ziele sind klar: Es geht darum, Wettbewerbsverzerrungen zu bekämpfen, aber auch darum, unsere Abhängigkeit durch Diversifizierung, Recycling und mehr Rohstoffeffizienz zu reduzieren. Durch unsere Rohstoffaußenpolitik wollen wir erreichen, dass Produzentenländer und Verbraucherländer auf der Basis von Markt und Wettbewerb einen fairen Interessenausgleich finden.

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag über die Rohstoffpolitik unseres Landes beraten. In der nächsten Woche laden wir darüber hinaus zu einem Kongress ein, um zu erörtern, wie die sichere Rohstoffversorgung als Querschnittsaufgabe der

Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik organisiert werden kann. Unsere Bundeskanzlerin wird in einer Grundsatzrede die Strategie der Bundesregierung erläutern.



### Deutschland ist und bleibt Stabilitätsanker

In dieser Woche hat die Bundesregierung ihre Herbstprognose vorgelegt.

Hierzu erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Joachim Pfeiffer: „Die deutsche Wirtschaft hält auch in schwierigem Fahrwasser ihren Kurs. Für 2012 prognostiziert die Bundesregierung trotz Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent.“

Damit folgt sie tendenziell der Einschätzung der führenden Wirtschaftsinstitute des Landes letzter Woche. Diese gehen in ihrem Herbstgutachten ebenfalls von einem schwächeren Wachstum (0,8 Prozent) aus, als noch im Frühjahr prognostiziert.

Trotz Wachstumsrückgang ist und bleibt Deutschland ein Anker der Stabilität in einem immer schwieriger

werdenden Umfeld. Das macht auch die anhaltende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosenquote sinkt nach Einschätzung der Bundesregierung 2012 auf 6,7 Prozent gegenüber 7,0 Prozent im Jahr 2011.

Das bedeutet, die Arbeitslosenzahl bleibt im Durchschnitt unter der Drei-Millionen-Marke. Die Koalition hat solide gewirtschaftet und die Haushaltskonsolidierung wieder auf den richtigen Weg gebracht. Das Ergebnis: stabiles Wachstum, weniger Arbeitslose und sprudelnde Steuereinnahmen auch im kommenden Jahr. Aber die derzeit bestehenden Risiken für die Weltwirtschaft gehen nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorüber. Daher muss es in unserem ureigensten Interesse liegen, gemeinsam mit den europäischen Partnern weiterhin intensiv an Lösungen für die Staatsschuldenkrise in Europa zu arbeiten.

In Deutschland gilt es, den Mittelstand

weiter zu stärken, denn er ist der Motor unserer Wirtschaft. Die Koalition stellt dafür die Weichen und unterstützt die Innovationsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe und sichert ihren Fachkräftebedarf. Die Union setzt auf moderne und wettbewerbsorientierte Regulierung in den Sektoren Energie, Bahn, Post und Telekommunikation, um den Wettbewerb anzukurbeln und Innovationspotenzial freizusetzen. Der Erfolg zeigt sich im Breitbandausbau: von 10,8 Millionen Anschlüssen im Jahr 2005 ist die Zahl bis 2010 auf 26,2 Millionen gestiegen, und sie steigt kontinuierlich weiter.

Bis spätestens 2018 sollen flächendeckend Breitbandanschlüsse (mit 50 MBit/s) verfügbar sein. Investitionen in Forschung und Entwicklung sichern ein stetiges Wachstum. Mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung will die Union größere Anreize schaffen, hier mehr Geld zu investieren.“

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus der Bundesregierung



### III. Interdisziplinärer Kongress – Junge Naturwissenschaft und Praxis "Chancen und Grenzen (in) der Medizin"



Wie können wir in einer Gesellschaft des längeren Lebens die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau und auf Dauer sichern? -, dieser Frage widmete sich die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB und diskutierte auf dem von der Heinz Nixdorf und der Hanns Martin Schleyer-Stiftung veranstalteten III. Interdisziplinären Kongress – Junge Naturwissenschaft und Praxis darüber unter anderem mit dem Präsidenten der Ärztekammer Dr. Ulrich Montgomery und dem Chef der Charité Prof. Karl Max Einhäupl.

Vor den jungen Medizinern und Naturwissenschaftlern zeichnete Widmann-Mauz MdB aktuelle und künftige Herausforderungen für das deutsche Gesundheitssystem nach. Rund 70% aller Produkte und Leistungen der Gesundheitswirtschaft würden über die GKV finanziert. Dies sorgte für eine stabile Nachfrage nach hochwertigen medizinischen Produkten und Dienstleistungen, die ein großer Teil der Bevölkerung sonst nicht bezahlen könnte.

Widmann-Mauz strich heraus, dass Investitionen in die Gesundheit der Menschen ein wichtiger Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand sind. Bemerkenswert sei die Tatsache, dass medizinische Innovationen im Vergleich zu vielen anderen Ländern in Deutschland besonders schnell Teil der Regelversorgung werden und damit für alle zugänglich sind. Demnach profitieren von einer starken Gesundheitswirtschaft nicht nur die 4,7 Mio. Beschäftigten

im Gesundheitswesen, deren Unternehmen und Einrichtungen rund 10% des BIP erwirtschaften, sondern auch Patienten und Versicherte.

Mit Blick auf die Nachwuchswissenschaftler konstatierte Annette Widmann-Mauz, dass die demografische Entwicklung neue Fragen hinsichtlich einer passgenauen Gesundheitsversorgung mit sich bringt. Die christlich-liberale Koalition habe hierzu wichtige Antworten gegeben. Mit dem GKV-Finanzierungsgesetz wurde die mittelfristige Finanzierung des Systems ohne Qualitäts- und Leistungsverlust gesichert, ohne dass ein GKV-Mitglied finanziell überfordert werde.

Parallel dazu wurde durch das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes die Effizienz und Qualität der Arzneimittelversorgung gesteigert. Im Sinne der Patienten wurde so eine neue Balance zwischen Innovation und Bezahlbarkeit von Medikamenten hergestellt.

Das für November geplante Versorgungsstrukturgesetz reihe sich in die Reformen nahtlos ein, in dem es die Voraussetzungen dafür schaffe, dass bundesweit – besonders in den strukturschwachen – auch in Zukunft genügend Ärztinnen und Ärzte für eine wohnortnahe, bedarfsgerechte medizinische Versorgung zur Verfügung stehen. Widmann-Mauz MdB versprach: „Wir bauen weiter Bürokratie ab und schaffen auf allen Ebenen mehr Flexibilität, mehr Spielräume, mehr Steuerungsmöglichkeiten für diejenigen, die vor Ort die medizinische Versorgung gestalten.“



# Annette Widmann-Mauz MdB

## Daten und Fakten



### Arbeitslosigkeit weiter gesunken

Auch im September hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist weiter zurückgegangen und sank im Vergleich zum Vormonat um 149.000 auf 2.796.000. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren damit 231.000 weniger Arbeitslose registriert.

Die Arbeitslosenquote reduziert sich damit weiter um 0,4% auf 6,6%. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor hoch. Die Zahl der Erwerbstätigen im August ist gegenüber dem Vorjahr um 515.000 auf 41,20 Millionen gestiegen. Im September wurden mit 501.000 gemeldeten Arbeitsstellen 104.000 mehr gemeldet als im Vorjahr.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



Foto: ddp

### Deutsche so glücklich wie seit langem nicht

Die Lebenszufriedenheit der Deutschen ist aktuell so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr, dies zeigt der Glücksatlas der Deutschen Post. Mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0 bis 10) sind die Deutschen heute so glücklich wie zuletzt 2001.

Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland war mit 0,3 Punkten noch nie so gering wie heute. Zum Vergleich: 1991 betrug er noch 1,3 Punkte. In Sachen Glücksranking hat Sachsen sogar mittlerweile den Anschluss an den Westen gefunden und Hessen überholt. Hamburg ist laut Glücksranking 2011 mit 7,38 Punkten die glücklichste Region Deutschlands, gefolgt von Niedersachsen/Nordsee mit 7,14 Punkten und Bayern mit 7,10 Punkten.

Auf Platz 1 der besonderen individuellen Glücksbringer

steht das subjektive Gesundheitsempfinden, gefolgt von einer Partnerschaft, sozialen Kontakten und regelmäßiger sportlicher Aktivität. Als gefürchtetster Glückshemmer gilt analog ein schlechtes Gesundheitsempfinden, gefolgt von dem Tod des Partners und Arbeitslosigkeit.

(Quelle: Glücksatlas 2011 der Deutschen Post)

### Studiengebühren halten Studienberechtigte nicht vom Studium fern

Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mindert die Einführung von Studiengebühren nicht die Studienbereitschaft. Vielmehr zeige sich, dass die Studienberechtigten die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang, insbesondere mit höheren Ertragschancen, „verrechnen“.

Aus diesem Grund war die Neigung an die Universität zu gehen in Bundesländern mit Studiengebühren nicht niedriger als in gebührenfreien Bundesländern. Dieses Phänomen trat vor allem bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten auf, also bei der Gruppe, für die ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren in Form eines Rückganges der Studienaufnahme prophezeit wurde.

